

An die Deutschschweizer
Medien

Bern, 17. September 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Dies ist der letzte Pressedienst des überparteilichen Aktionskomitees gegen die beiden Atom-Initiativen. Am Abstimmungssonntag, den 23. September 1990, steht Ihnen

Nationalrat Albrecht Rychen, Lyss (BE/SVP)
Co-Präsident des Aktionskomitees
von 16.00 - 19.00 Uhr
unter Tel. 032/84 64 79 zur Verfügung.

Benutzen Sie die Gelegenheit zu einem Abstimmungskommentar aus erster Hand!

*** **

Im vorliegenden Pressedienst finden Sie den Schlussappell des Aktionskomitees, einen Parolenspiegel sowie folgende Beiträge:

1. Karikatur

2. Kein glaubwürdiger Ausweg

Von FDP-Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen (BL)

3. Energiepolitische Irrfahrt

Von FDP-Ständerat Dr. Bruno Hunziker, Aarau

4. Hoffentlich geht uns ein Licht auf

Von FDP-Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen

5. Nur wenig neue Argumente aufgetaucht

Von Dr. Paul Ehinger, Zofingen

6. Moratorien - gefährliche Pause vom Denken

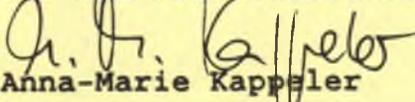
Von Matthias Stadelmann

7. Strom-Funken

8. Parolenspiegel

Es bleibt uns noch zu danken für Ihre Unterstützung und Ihren Einsatz im Abstimmungskampf.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Presseausschuss:


Anna-Marie Kappeler

Beilage erwähnt

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE BEIDEN ATOM-INITIATIVEN

Bern, 17. September 1990

Volksabstimmung vom 23. September 1990: Schlusseruf des Schweizerischen Aktionskomitees gegen die beiden Atom-Initiativen:

NEIN ZU AUSSTIEG UND MORATORIUM

Das Schweizerische Aktionskomitee gegen die beiden Atom-Initiativen appelliert an alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die beiden Initiativen "Ausstieg aus der Atomenergie" und "Stopp dem Atomkraftwerkbau" am 23. September 1990 abzulehnen. 40 Prozent unseres Stroms, den wir täglich im Haushalt, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Verkehr benötigen, ist Strom aus Kernkraftwerken. Wir können auf ihn nicht verzichten. Kernenergie ist ausserdem saubere Energie und belastet die Umwelt nicht.

Das Schweizerische Aktionskomitee gegen die beiden Atom-Initiativen unter dem Co-Präsidium der Nationalräte Vreni Spoerry (FDP/ZH), Albrecht Rychen (SVP/BE) und François Jeanneret (LPS/NE) sowie Ständerat Daniel Lauber (CVP/VS) ruft das Schweizer Volk zu einem entschiedenen Nein zu beiden Initiativen "Ausstieg aus der Atomenergie" und "Stopp dem Atomkraftwerkbau" (Moratorium) auf. Beide Initiativen haben ein Stilllegen der Kernkraftwerke (KKW) in der Schweiz zum Ziel. Unser Land braucht aber diesen Strom, der heute 40 Prozent unseres Stromkonsums beträgt.

Kernenergie ist zudem saubere Energie, da sie kein Kohlendioxid (CO₂) produziert. Jeder andere leistungsfähige Energieträger belastet die Umwelt. Müsste unser Stromkonsum, den wir aus KKW beziehen, ersetzt werden, so hätte das für die Umwelt verheerende Folgen.

Ein Nein zu beiden Atom-Initiativen schliesst Sparen und die Förderung von Alternativenergien nicht aus. Mit Sparen und mit Alternativenergien allein ist jedoch unser Stromkonsum nicht aufzufangen. Die Initianten wecken hier falsche Vorstellungen. Die Zahlen sprechen zudem eine deutliche Sprache: Der Stromkonsum in der Schweiz steigt. Als Folge der zunehmenden Technisierung, als Folge aber auch des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs wird diese Tendenz anhalten. Nur massive Einschränkungen könnten eine Trendwende bewirken. Ohne eigene Kernkraft würde jedenfalls unsere Auslandabhängigkeit grösser.

Die Initianten operieren im Abstimmungskampf vor allem mit der Angst vor Atomkraftwerken. Die Schweiz hat aber weltweit die sichersten Anlagen. Wenn jedoch diese Gefahr so gross sein soll, so ist die Forderung eines zehnjährigen Moratoriums unsinnig. Ein Moratorium hilft nicht gegen diese Angst. Aber auch ein Ausstieg schützt nicht vor ausländischen KKW. Nur mit eigenen Werken können wir unseren hohen Sicherheitsstandard halten und uns international für das gleiche Ziel einsetzen.

Aus diesen Gründen ruft das überparteiliche Komitee gegen die beiden Atom-Initiativen alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, beide Initiativen deutlich abzulehnen.

Energiepolitische Irrfahrt

Zur Abstimmung über die Kernenergie

Dr. Bruno Hunziker, Ständerat, Aarau

Es ist wieder einmal soweit. Wir stimmen am 21. September über die Kernenergie ab. In den letzten zwölf Jahren musste das Volk sich bereits viermal an der Urne zu dieser fundamentalen Frage äussern. Jedes Mal ist die Mehrheit für einen massvollen Ausbau der Kernenergie gewesen. Die Gegner haben sich darum futiert und in regelmässigen Abständen neue Volksabstimmungen über dieselbe Frage erzwungen. Das hat nicht nur mit einem eigenartigen Demokratieverständnis zu tun, es hat uns auch bereits in eine penible Energieabhängigkeit gegenüber dem Ausland geführt. Schuld daran sind auch der Bundesrat und die Bundesversammlung, die die erforderlichen Bewilligungen nicht erteilten und so die Elektrizitätswirtschaft zum Fallenlassen ihrer milliardenschweren Projekte trieben.

Die Folgen sind fatal. In den letzten zwanzig Jahren hat der Stromverbrauch jährlich um rund 3 % zugenommen und er wird weiter ansteigen, auch bei vermehrten Sparsbemühungen. Warum ist das so? Da sind einmal die jährlich zusätzlichen 40'000 Neuwohnungen, die Entwicklung in der Elektronik, der energieintensive Freizeit- und Unterhaltungsbetrieb, dann die wachsenden Strombedürfnisse der SBB (Huckepackkorridor für Lastwagen ab 1994, Bahn 2000, NEAT ab zirka 2010). Die SBB haben im März dieses Jahres mit Frankreich Strombezugsrechte ausgehandelt, die einem Gegenwert von sage und schreibe 1,5

Milliarden Franken entsprechen. Auch unsere grossen Ueberlandwerke mussten ähnliche Verträge abschliessen, um ihrer Versorgungspflicht nachkommen zu können. Mit Frankreich sind Verträge für die Leistung von rund 2500 Megawatt nuklearerzeugtem Strom abgeschlossen worden. Das ist so viel, wie 2½ grosse Kernkraftwerke im Jahr produzieren. Schon im Winterhalbjahr 1989/90 war beim Strom ein deutlicher Netto-Importüberschuss zu verzeichnen, trotz des ausgesprochen milden Winters. Wer diese massive Auslandabhängigkeit mit ihren politischen und wirtschaftlichen Risiken für unser Land bagatellisiert, kann nicht ernst genommen werden.

Was wären die Konsequenzen, wenn wir die in Betrieb stehenden Kernkraftwerke abschalten müssten, wie das die Initianten wollen? Eine Lawine von staatlichen Zwangsmassnahmen mit verhängnisvollen Auswirkungen für unsere Wirtschaft, die bereits einen beträchtlichen Teil ihres Sparpotentials ausgeschöpft hat. Beispielsweise konnte die chemische Industrie ihre Produktion in den letzten zehn Jahren um 50 % erhöhen, ohne dass der Energiebedarf angestiegen wäre. Der Staat müsste uns eine Zwangsjacke mit empfindlichen Auswirkungen verordnen, eine hohe Energiesteuer erheben und Tarifgrundsätze festlegen, die nicht in ein marktwirtschaftliches System passen. An gewissen Orten gäbe es den Anschlusszwang und die freie Wahl des Energieträgers wäre nicht mehr möglich. Nötig wäre auch ein ganzes Heer von zusätzlichen Beamten und Kontrollinstanzen. Die Gesamtenergiekonzeption hat bei ihrer schärfsten Sparvariante mit 800 bis 1'500 zusätzlichen Beamten gerechnet, bei Annahme der Initiativen wären es noch mehr. Die bisher gut funktionierende Energieversorgung im Zusammenspiel zwischen den

Kantonen und der Elektrizitätswirtschaft würde von einem zentralstaatlichen System abgelöst. Und noch etwas anderes dürfte geschehen. Man würde versuchen, die gewaltige Stromlücke mit fossil betriebenen Anlagen zu füllen, trotz all den Schäden und Risiken, die damit verbunden sind und schon heute ein beängstigendes Ausmass angenommen haben. Man sollte nicht immer nur von den Gefahren der Kernenergie reden, sondern auch von den Gefahren eines Verzichts auf diese saubere Energieform. Man sollte die der Kernenergie anhaftenden Gefahren z.B. mit den laufend eintretenden Katastrophen in Kohlenbergwerken - letztmals vor wenigen Wochen mit 150 Toten in Jugoslawien - und generell mit den aus der Produktion fossiler Energien resultierenden Umweltschäden vergleichen.

Dann gibt es schliesslich auch die weltweite Perspektive des Energieproblems. Einerseits wächst die Weltbevölkerung und die Energienachfrage rasant, andererseits muss der zunehmenden Belastung unserer Atmosphäre mit Schadstoffen, vor allem CO₂, Einhalt geboten werden. Der Treibhauseffekt und die unabsehbaren klimatischen Folgen stellen eine globale Herausforderung dar. Darum lautet das weltweite Ziel, solche Emissionen in den nächsten fünfzehn Jahren um 25 % zu senken. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist eine Ablehnung der Kernenergie unverantwortlich. Anfangs dieses Jahres richteten 49 Nobelpreisträger und 700 Mitglieder der hoch angesehenen "Amerikanischen Nationalen Akademie der Wissenschaften" an US-Präsident Bush einen "Aufruf zur Verhinderung einer globalen Erwärmung". Darin empfehlen sie, die Energie effizienter zu nutzen und vermehrt saubere Energiequellen wie zum Beispiel die Kernenergie einzusetzen. Vor wenigen Wochen hat

der als Kernenergie-Kritiker bekannte deutsche Professor Klaus Michael Meyer-Abich angesichts der akuten Klimagefährdung durch Kohlendioxid den Sofortausstieg aus der Kernenergienutzung als unverantwortlich bezeichnet.

Es berührt eigenartig, dass all dies von den Urhebern der beiden Initiativen nicht zur Kenntnis genommen oder verschwiegen wird. Grotesk mutet die Tatsache an, dass die Kernenergiegegner ihre Haltung mit umweltschützerischen Argumenten begründen wollen und gleichzeitig in Kauf nehmen, dass dauernd mehr Strom - nota bene Atomstrom - importiert werden muss. Offenbar sind sie auch bereit, in Zukunft noch mehr mit fossilem Brennstoff betriebene Anlagen zu akzeptieren. Ein Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet einen Einstieg in eine gigantische Stromlücke, in eine noch grössere Auslandabhängigkeit und in eine Energieversorgung, die alles andere als umweltfreundlich wäre.

Kein glaubwürdiger Ausweg

Von Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen (BL/FDP)

Verbannen wir die Kernenergie aus unserem Land, stehen uns fünf Ausweichmöglichkeiten offen: Wir substituieren Strom durch andere Energie, erzeugen Strom anderswie ("Strom ohne Atom"), stellen auf "Alternativ"-Energien um, sparen Strom, oder wir importieren ihn. Da wir die Wasserkäfte fast voll nutzen (die Ausstiegs-Initiative fordert im übrigen auch, die Gewässer und Landschaften dürften nicht durch neue Kraftwerksbauten "beeinträchtigt werden"), kommt praktisch nur noch die Erzeugung mit fossilen Brennstoffen in Frage.

Teufel statt Beelzebub?

Dasselbe gilt, wenn wir Strom substituieren. In beiden Fällen würde der nukleare Beelzebub mit dem ökologischen Teufel ausgetrieben, vor allem bei der Verwendung von Oel! Auch bei der Verbrennung von Kohle und Erdgas, etwa in Anlagen für Wärmekraftkoppelung, entstehen nicht bloss harmlose Schadstoffe.

Natürlich wäre die vermehrte Nutzung der Sonnenenergie ein grosser Segen. Dafür sind weltweit schon Abermillionen von Forschungsgeldern ausgegeben worden, aber bis heute ist nun einmal kein Durchbruch gelungen, weder energetisch (Erntefaktor) noch wirtschaftlich. Vor allem das Problem der Stromspeicherung (Batterien, Akkus) ist bis heute nicht gelöst, ganz abgesehen davon, dass die riesigen Flächen für photovoltaische Kollektoren bei einem grösseren Produktionsvolumen die Landschaft noch weit mehr beeinträchtigen würden als andere Kraftwerke. Selbst nach dem "grünen" Szenario der EGES könnten bestenfalls sieben Prozent des Bedarfs mit Sonnenstrom gedeckt werden.

Genügt sparen allein?

In jeder Hinsicht am meisten wünschbar wäre vermehrtes Sparen - politisch schon deshalb, weil damit vor allem an "die anderen" appelliert werden kann.

Wenn tatsächlich ohne wirtschaftliche Einbussen und ohne Verlust an Komfort Strom eingespart werden kann, weshalb haben denn die Atomstromgegner nicht schon längst eine Initiative ergriffen, die nicht nur verbal, sondern auch konkret Massnahmen zu einer Verminderung des Elektrizitätsverbrauchs vorschreibt? Und weshalb machen andere Länder uns dies nicht längst vor?

Weil Elektrizität nicht nur die hochwertigste, sondern auch die teuerste Energie ist, wird in der Industrie damit schon längst haushälterisch umgegangen. Zu Stromeinsparungen, auch im Haushalt, führt technisch erheblich verstärkte Stromeffizienz: Neue Farbfernseher, Geschirrspüler, Kühltruhen und andere Elektrogeräte brauchen heute teils nur noch ein Viertel der früheren Modelle. Aber dieser Ersatz braucht Jahre und Jahrzehnte und der Umstellungsprozess seinerseits Energie! Mehr als wettgemacht wurde das Sparen bis heute durch neue Technologien (Computer, Roboter), zunehmende Produktion, höhere Produktivität, mehr Menschen und Wohnungen, steigenden Komfort, Freizeitaktivitäten und vor allem auch öffentliche Aufgaben: Allein für den öffentlichen Verkehr stieg in beiden Basel in den letzten neun Jahren der Stromverbrauch um 12 Prozent an.

Heiliger St. Florian

Bleibt der fünfte und letzte Ausweg: Wir beziehen den Strom aus Frankreich. Zwar ist unser Stromexport im Jahresdurchschnitt immer noch grösser als der Import, aber im Winter werden wir mehr und mehr ohne solchen nicht auskommen. Schon heute hat sich die Schweiz die Leistung von zweieinhalb französischen KKW's vom Kaliber Gösens vertraglich sichern müssten.

Ohne die Frage der zunehmenden Auslandsabhängigkeit hochspielen zu wollen (wir sind es auch in anderer Beziehung): Ist es klug und weise, von KKW's abhängig zu sein, die nicht unserer Kontrolle unterstehen? Vor allem aber: Hält man die Kernenergie als Teufelswerk, ist es dann besonders mutig und edel, ihre Herstellung, die wir nicht wollen, auf die wir aber offensichtlich angewiesen sind, anderen zuzumuten? Mit dem Nein zur Moratoriums- und zur Ausstiegs-Initiative sind wir wenigstens in dieser Hinsicht etwas glaubwürdiger.

Hoffentlich geht uns ein Licht auf

Angstpropaganda für die beiden Anti-Atom-Initiativen

Von FDP-Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen

Am 23. September 1990 entscheiden wir über zwei Initiativen von grosser Tragweite. Die Initiative "für den Ausstieg aus der Atomenergie" will unsere bestehenden Kernkraftwerke möglichst bald stilllegen und neue Anlagen verbieten. Damit würden 40 Prozent unserer Elektrizitätsproduktion verloren gehen. Mit der Initiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau" soll ein zehnjähriges Moratorium beschlossen werden.

Die beiden Initiativen wurden in der Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl eingereicht. Die Moratoriums-Initiative war direkt gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst gerichtet. Obwohl das Parlament auf den Bau in Kaiseraugst verzichtete, wurde diese Initiative nicht zurückgezogen. Damit hat der Wolf den Schafspelz fallen lassen. Die Initianten sagen heute offen, ihre Initiative sei der erste Schritt zum Ausstieg. Die Moratoriums-Initiative ist ein raffinierter Versuch, verunsicherte Bürgerinnen und Bürger zu einem Ja zu bewegen.

Mit den Mitteln der Angst

Die Atomgegner halten die Kernenergie für zu gefährlich. Das Trommelfeuer der befürwortenden Propaganda arbeitet denn auch mit dem Mittel der Angst.

Wenn die Schweiz aus der Kernenergie aussteigt, erhöht sich unsere Sicherheit aber nicht im geringsten. Im Umkreis von 2000 km stehen 200 Reaktoren! Auf die Sicherheit dieser Anlagen haben wir keinen Einfluss, auch nicht auf die Kernkraftwerke jenseits der französischen Grenze, von denen wir immer mehr Strom beziehen.

Die Befürworter sprechen von der schwierigen Entsorgung. Sie verschweigen, dass wir auch bei einem Ausstieg die bestehenden Anlagen entsorgen müssen und dass auch aus

unseren Spitalern radioaktive Abfälle anfallen. Im übrigen haben die Schweden und Finnern aufgezeigt, dass die Entsorgung möglich ist.

Ueberschätzungen und Unterschätzungen

Die Befürworter behaupten ferner, unser Land komme ohne Atomstrom aus. Wir müssten nur genug sparen und die Alternativ-Energien besser nutzen. Vorerst ist zu bemerken, dass die Wirtschaft schon längst Energie spart. Es gibt ganze Branchen, in denen der Energieverbrauch in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent gesunken ist, obwohl man die Produktivität um dreissig Prozent gesteigert hat. Die noch vorhandenen Sparpotentiale werden masslos überschätzt.

Bei den Alternativenenergien wird der Zeitbedarf unterschätzt. Selbst der kernenergiefeindliche Eges-Bericht rechnet bei 400 Millionen Franken Bundessubventionen pro Jahr bis zum Jahr 2025 mit einem bescheidenen Anteil von acht Prozent. Wollte man die bestehenden Kernkraftwerke durch Sonnenzellen ersetzen, wäre eine Fläche der Kantone Schaffhausen und Zug zusammen notwendig. Wo bliebe da der Landschaftsschutz? Trotzdem müssen wir die Forschung in den Alternativenenergien fördern. Nach Schätzungen von Fachexperten sind aber rund fünfzig Jahre notwendig, bis der Anteil neuer Energien überhaupt ins Gewicht fällt.

Keine Alternative

Sollen wir auf thermische Kraftwerke ausweichen? Aus Umweltschutzgründen wäre dies nie zu verantworten. Der Welt droht eine Klimakatastrophe! Weltweit werden heute 17 Prozent der Elektrizität aus Kernenergie erzeugt. Würde man alle Reaktoren durch thermische Kraftwerke ersetzen, wäre der CO₂-Ausstoss um neun Prozent grösser.

Energie sparen ist nach wie vor die Pflicht von uns allen. Wir müssen auch nach neuen Energien forschen. Wir benötigen diese in der Zukunft. Ohne den Beitrag der Kernenergie ist das Energieproblem aber nicht zu lösen. Hoffentlich geht uns trotz der massiven Angstpropaganda für die beiden Initiativen ein Licht auf, bevor in der Schweiz die Lichter ausgehen. Deshalb verdient am 23. September 1990 nicht nur die Ausstiegs-Initiative, sondern auch die Moratoriums-Initiative ein klares Nein.

Es sind nur wenig neue Argumente aufgetaucht

Es trennen uns nur noch wenige Tage bis zum folgenschweren Urnengang am 23. September. Zwar sind die Stellungnahmen zahlreich, aber man hat den Eindruck, die Stimmung sei nicht derart angeheizt, wie etwa vor den Abstimmungen über die Armeeabschaffungs-Initiative oder über die Energievorlagen am 18. Februar 1979 oder am 23. September 1984. Damals, so scheint es, gingen die Wogen viel höher. Das mag damit zusammenhängen, dass in den letzten Jahren und vor allem vor dem erneuten Urnengang wenig neue Argumente mehr aufgetaucht sind.

Angst steht bei den Kernenergiegegnern im Vordergrund

Bei den Gegnern der Kernenergie hat höchstens das Argument Angst noch mehr Gewicht erhalten als früher. Schon die vorangegangenen Abstimmungskämpfe waren geprägt von Angst gegenüber der Kernenergie. Doch das Reaktorunglück in Tschernobyl, bei dem 32 Menschen umkamen, die Folgeschäden indessen noch nicht abzusehen sind, hat dieser Angst erneut mächtig Auftrieb gegeben. Dieses Unglück bildet für die Kernenergiegegner die grösste Katastrophe, die - so behaupten sie - auch bei uns jederzeit möglich sei.

Dagegen wehren sich nicht zu unrecht die Befürworter der Kernenergie. Mit guten Gründen können sie darauf hinweisen, dass die Konstruktionen, die technischen Bedingungen und die Sicherheitsvorkehrungen in unseren Kernkraftwerken entschieden besser sind als in der UDSSR. Andererseits scheuen sie sich, das Wort "Katastrophe" in den Mund zu nehmen. Was war denn das Bergwerksunglück in Jugoslawien, bei dem 180 Menschen starben? (Wo bleibt der Ruf nach Stilllegung der Kohle-Gruben?) Und wie ist der Holocaust zu bezeichnen, bei dem sechs Millionen Menschen umgebracht wurden? Das ist doch eine Katastrophe.

Der Trumpf der Kernenergiebefürworter: Der Umweltschutz

Ein neues und sehr gewichtiges Argument ist auf der Seite der Befürworter der Kernenergie aufgetaucht. Stichwort: Treibhauseffekt. Sie argumentieren, eigentlich logisch, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie einen Mehrverbrauch fossiler Brennstoffe zur Folge haben müsste. Gemeint ist primär das Erdöl, dessen Verbrauch die Luft verschmutzt, aber auch Kohle oder Holz. Sauberere Alternativenergien, wie Sonnenenergie, Erdwärme oder Biogas, sind zwar vorhanden, doch ihre Kosten sind vorläufig noch viel zu hoch. Somit sind der Substitution durch andere Energieträger enge Grenzen gesetzt. Dieses Argument ist eigentlich das einzige neue Argument. Es ist gelinde gesagt paradox, dass ausgerechnet jene Kreise, welche sonst immer laut nach Umweltschutz schreien, ausgerechnet die Atominitiativen unterstützen. Denn mit der Kernenergie wird die Umwelt am besten geschützt.

Vernunft versus Irrationalität

Wie man es dreht und wendet: Der Konflikt der Kernenergie ist letztlich ein Konflikt zwischen Vernunft und Irrationalität. Vernünftig wäre die Nutzung der Kernenergie, irrational der Ausstieg davon, Nun wird der Gegner sofort einwenden, gerade die Kernenergie-Bejaher seien unvernünftig, denn sie würden auf einen "unsicheren, ja lebensgefährlichen" Energieträger setzen. Spätestens an dieser Stelle kann nur noch axiomatisch argumentiert werden, das heisst auf einer nicht mehr wissenschaftslogischen Ebene. Die Begriffe Glauben oder Vertrauen drängen sich auf.

Wer hat mehr Vertrauen in den Menschen?

Wer das Vertrauen in den Menschen nicht hat, muss ihm auch die Fähigkeit absprechen, die Kernenergie inklusive die Endlagerung zu beherrschen. Sie werden am 23. September den Atominitiativen zustimmen. Wer hingegen an den Menschen glaubt, seinen Fähigkeiten vertraut, damit auch in seine technischen Möglichkeiten, an die Experten und die Behörden, der darf auf die Kernenergie setzen. Konkret bedeutet dies, dass die beiden Atominitiativen verworfen werden müssen. Es ist zu hoffen, dass dies der Grossteil des Schweizer Volkes sein wird.

Denn: Vorläufig bedarf es der Kernenergie aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen. Sie hat Vor- und Nachteile, aber das haben auch die anderen Energieträger. Den Ausstieg können wir nicht verantworten, weil die Option Kernenergie offengehalten werden sollte.

Dr. Paul Ehinger

Moratorium - gefährliche Pause vom Denken

Die Befürworter der Moratoriumsinitiative stellen in ihrer Argumentation immer wieder die Behauptung auf, ein Moratorium würde Zeit bringen, um über die Kernkraft nachzudenken. Dass aber diese Denkpause nicht zu einer Pause zum Denken, sondern zu einer Pause vom Denken werden wird, zeigen unsere beiden Nachbarstaaten Österreich und Italien. Beide haben ein Kernenergie-Moratorium, für beide hatte dieser Entscheid fatale Folgen.

Die Österreicher haben beschlossen, ihren Kernkraftreaktor in Zwentendorf gar nicht erst ans Netz gehen zu lassen. Sie sind aus der Kernenergie ausgestiegen, bevor sie richtig drin waren. Die Ertragsausfälle von Zwentendorf haben sie mit vermehrter Produktion aus thermischen Kraftwerken zu kompensieren versucht. Der grösste Teil der Elektrizität stammt aus Kohle- und Erdölkraftwerken. Rauchgasentgiftung ist für diese Anlagen zwar kein Fremdwort. Aber Rauchgasentgiftung ist teuer und löst die Probleme des Kohlendioxid-Ausstosses nicht. Kohlendioxid ist mitverantwortlich für den Treibhauseffekt und die Erwärmung der Erdatmosphäre. Zwar ist dies in Österreich im Moment noch kein Thema. Es dürfte jedoch bald eines werden. Um nicht vom Ausland abhängig zu werden, haben sich die Österreicher auch in teure und ökologisch sehr umstrittene Wasserkraft-Projekte gestürzt. Erinnerung sei an dieser Stelle nur an das geplante Laufkraftwerk in den Donauauen. Viele Österreicher wären dabei bereit gewesen, zugunsten einer verminderten Auslandabhängigkeit auf dem Energiesektor ein international anerkanntes und geschütztes Vogelreservat zu überfluten. Das Projekt wurde dann zwar schubladisiert, ist aber immer noch nicht runter vom Tisch. Österreich hat punkto Energiepolitik trotz Kernenergiemoratorium nicht die geringsten Fortschritte erzielt.

Ähnlich verhält es sich mit unserem südlichen Nachbar Italien. Auch Italien hat Mitte der 80-er Jahre beschlossen, aus seinem Kernkraft-Programm auszusteigen. Zwar legten die Italiener keine Kernreaktoren still, aber sie verzichteten weitgehend auf den Bau weiterer, bereits in detail geplanter Anlagen. Ein Energiepapier der Regierung sah vor, die Ertragsausfälle mit vielen kleinen, dezentralen Kraftwerken zu kompensieren. Als Brennstoffe waren Kohle, Gas und Erdöl vorgesehen. Gegen diese Pläne liefen nun die Grünen Amok, das Reserveprogramm wurde gestoppt, verschwand in irgendeiner Schublade. Nun meldete sich die Industrie, die zunehmend unter den Lieferschwierigkeiten der Stromerzeuger zu leiden begann. Auch in Italien hiess das Zauberwort plötzlich "Stromimport". Italien bezieht heute 15 Prozent seines nationalen Stromverbrauchs aus dem Ausland, vorwiegend aus französischen Kernkraftwerken. Italiens Energiepolitik ist trotz, viele Italiener behaupten wegen des Moratoriums, in der Sackgasse. Ähnlich wie in der Schweiz Kaiseraugst sind die italienischen Kernkraftwerke in Frankreich längst gebaut worden.

Was Italien und Österreich nicht schafften, wird auch die Schweiz nicht schaffen. Kaiseraugst wurde bereits erstellt - in Frankreich. Graben ebenfalls. Andere AKW's werden folgen. Die Schweiz wird sich auf Jahrzehnte hinaus immer stärker auf die französischen Atomkraftwerke abstützen müssen. Auf Atomkraftwerke, die zwar in unmittelbarer Nähe der Schweizer Grenze stehen, zu deren Betrieb, Bau und Sicherheit wir Schweizer aber nichts zu sagen haben werden. Wir dürfen sie nur via Strompreis bezahlen.

Es ist ehrlicher, zu der Kernkraft - und damit auch zu deren Risiken - zu stehen, als heute einem Moratorium für Kernkraftwerke zuzustimmen und die ganze Verantwortung damit 30 Kilometer über die Landesgrenzen hinauszueportieren. In der Meinung, notabene, damit etwas für den Umweltschutz getan zu haben. Genau diese St. Florianspolitik fordern die Initianten der Moratoriumsinitiative aber. Das Moratorium soll Einstieg in den Ausstieg sein, um die Konsequenzen sollen sich doch aber bitteschön die anderen kümmern. Solange wir unseren Strom aus französischen Atomkraftwerken trotzdem bekommen, brauchen wir uns darüber ja nicht aufzuregen oder den Kopf zu zerbrechen.

Einmal mehr sind wir daran, eine kurzsichtige "Füfer-und-Weggli"-Politik zu betreiben. Strom ja gerne, Stromproduktion nein danke. Diese Mentalität zeugt weder von Weitsicht noch von politischen Klugheit. Dieser versteckten Machtpolitik kann nur mit einem überzeugten Nein zu den beiden Atominitiativen begegnet werden.

Matthias Stadelmann

Strom-Funken

* Mein Nachbar setzt voll auf die Atom-Initiativen: Er wandert aus. Haus und Betrieb stehen zum Verkauf. Er will die Schweiz verlassen, Realersatz für Wohnhaus und Betrieb hat er bereits gefunden. Für einen Prozentsatz dessen, was er für seine Schweizer Liegenschaften trotz schlechter Nachfrage lösen wird. Trotz (pseudo)grüner Grundhaltung beweist die Standortwahl Weitsicht: Mein Nachbar zieht nach Fessenheim. "Immer genügend billigen Strom für meinen Handwerksbetrieb, billige Grundstücke und tiefere Löhne, die ich künftig meinen Angestellten zahlen muss." Starke Argumente, die sogar den AKW-Kühlturm jenseits des Gartenhages vergessen lassen.

Die ganze Zügelei hat auch noch weitere wirtschaftliche Aspekte. Vorausgesetzt, die Schweizer Stimmbürger versauen den Coup nicht mit einer Ablehnung der beiden Atominitiativen. Mein Nachbar weiss nämlich schon, was er mit dem Geld macht, das er aus seinem Liegenschaftstransfer verdient: Er kauft Aktien von französischen Kernkraftwerk-Betreibern. Und hofft, dass Creys-Maleville, Fessenheim, Cattenom und wie die französischen KKW sonst alle heissen, mit der Produktionsleistung und den Aktienkursen nach dem 23. September aufgrund der Mehrproduktion für die Schweiz kräftig in die Höhe schnellen. Gewissensbisse hat mein Nachbar bei diesem Gebaren aber nicht. Er verweist auf einige angesehene, internationale Naturschutz-Organisationen, die solcherlei Finanzspielchen seit Jahren betreiben.

* Es geht um die Macht, nicht um den Strom. Das muss jedem klar sein, der die Sympathisanten der letzten paar Volksinitiativen näher unter die Lupe nimmt. Die Leute, die gegen Atomstrom, gegen die Armee, gegen jeglichen Verkehr und gegen eine leistungsfähige Wirtschaft sind, und dies per Abstimmungsinserte auch kundtun, sind immer dieselben. Auf konstruktive Vorschläge dieser Kreise, wie die existierenden Probleme gelöst werden könnten, wartet man indessen immer noch vergebens. Niederreißen ist halt immer einfacher als aufbauen. Und Schmarotzer lassen sich wohl auch nie ausrotten.

* Greenpeace beweist jetzt schwarz auf weiss, was man vorher immer ableugnete. Einer internationalen Lobby anzugehören, die international operiert - und die wahrscheinlich auch international finanziert wird. Im Tagi vom 11. September suchen die Greenpeaceler per sofort einen Mitarbeiter für die Atom-Kampagne. Für die Arbeit auf internationaler Ebene. Fragt sich, welches von zwei Uebeln für uns Schweizer das Kleinere sei. Die verschwindend kleinen "Restrisiken" unserer sicheren Schweizer Atomkraftwerke selber zu managen, oder sich von einer internationalen Umweltschutz-Mafia unterdrücken zu lassen.

* A propos Greenpeace. Greenpeace hat zwar mehrmals das Märchen von den immensen Geldmitteln, welche die "Atom-Lobby" in den Abstimmungskampf pumpe, verbreitet. Greenpeace hat aber bis zum heutigen Tag selber nie dargelegt, woher das Geld für die Verbreitung seiner eigenen Angstmacherei - intern Abstimmungskampf genannt - stammt. Die internationale Umweltschutz-Mafia lässt von ferne schön grüssen. Vom Gegenteil lassen wir uns gerne überzeugen.

* Die Moratoriumsinitiative auf den Punkt gebracht hat ein Leserbriefschreiber im Aargauer-Tagblatt: "Vorname: Moratorium - Nachname: Ausstieg". Kürzer und zutreffender geht's nicht mehr.

* Ob all der fieseren Angstmacherei der Atominitianten sind nun auch bekannte Schweizer Wissenschaftler und Ärzte aufgeschreckt. Es gebe keine stichhaltigen, wissenschaftlichen oder ärztlichen Gründe gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, lassen sie verlauten.

* Zum Glück überführen sich gewisse Politiker mit ihren Antiatom-Inseraten jeweils selber. So etwa der Genfer Petitpierre, der eine Denkpause fordert, oder der mediengeile Berner Oberländer Mediziner Paul Günter, der lieber heute aktiv als morgen radioaktiv ist. Hoffentlich machen die Wähler "übermorgen" die geforderte Denkpause. Die Nationalratswahlen 91 lassen grüssen.

* Einmal mehr nicht sehr konsequent zeigt sich in den Energieabstimmungen vom kommenden Wochenende die SPS. In den eidgenössischen Räten hatte man aus Protest gegen den verwässerten Energieartikel Stimmenthaltung geübt, heute wirbt man auf den Abstimmungsplakaten für "3xJa", weil sich dies offenbar werbetechnisch besser verkaufen lässt. Auch das Plakat selber passt sich diesem Stil an: Kann man im Kopfteil nur "Strom" lesen, verschwindet das "ohne Atom" vornehm im Dunst der nebulösen SP-"Energiepolitik"...

* Just jene Kreise, die immer gegen den Zivilschutz wettern, sogar zur Verweigerung der Zivilschutz-Dienste aufrufen, beklagen nun, dass gemäss einer (eher provisorischen) Studie der Sanitätsdirektoren-Konferenz der Zivilschutz nicht auf eine AKW-Katastrophe vorbereitet sei. Komisch, weil es doch diesen Zivilschutz nach ihrem Selbstverständnis gar nicht geben dürfte...

* Ketzerische Frage zum Thema Katastrophen-Management allgemein: Wer wäre wohl auf ein Bersten der Grimsel-Staumauer oder die Explosion der Öltraffinerie Crissier vorbereitet?

* Mit wahrlich abstrusen religiösen Vorstellungen wird die Kernenergie auf dem Felde der Theologie bekämpft: "Zum Guten können wir nur kommen, wenn die Zwanghaftigkeit, die zum Tod führt, durchbrochen wird. Das geschieht im Kreuzungstod Jesu Christi. Unter ihm soll sich die selbtherrliche Vernunft beugen, die behauptet, sie könne das Restrisiko bewältigen." Gelesen im "Reformierten Forum". Alles klar, Herr Vikar?

* Sich mit fremden Federn zu schmücken ist bei den Initianten der Atominitiativen offenbar der "dernier cri". Eher peinlich wird es aber dann, wenn die lautesten Schreihälse sich plötzlich der Kritik aus den eigenen Reihen stellen sollten. Passiert in der honorablen NZZ, wo sich ein Mitglied der "Ärzte für Umweltschutz" vehement dagegen wehrte, dass Frau Dr. med Gonseth in einem NZZ-Artikel nicht nur "zum Teil fachliche Fehlinterpretationen und Trugschlüsse" verbreitet. Angekreidet wurde ihr auch, dass sie dies im Namen von über 3000 Ärztinnen und Ärzten tat, die in jener Gruppe zusammengeschlossen sind. Originalton Leserbrief: "... Aber auch manches Mitglied der Gruppe "Ärzte für Umweltschutz" kann sich nicht hinter ihre Aussagen stellen. Frau Dr. Gonseth kann und darf dem Leser, der Öffentlichkeit nicht suggerieren, als Sprecherin von weit über 3000 Ärztinnen und Ärzten, die sich um unsere Umwelt bemühen, aufzutreten." Ein weiterer Kommentar über das Demokratieverständnis von Frau Gonseth erübrigt sich wohl!

* Je nach Gemeinde stehen die Abstimmungsurnen ab Donnerstag offen. D. Kurz-Schluss hat damit seine Schuldigkeit getan und verabschiedet sich. In der Hoffnung, hier und da Denkanstösse gesetzt zu haben, auf allzu Einseitiges zurückgekommen zu sein. Mit bestem Dank für Ihr Interesse und Ihre Informationsarbeit

Ihr D. Kurz-Schluss

Parolenspiegel zu den eidgenössischen Volksabstimmungen vom
23. September 1990

	Ausstiegs- initiative	Moratoriums- initiative	Energie- Artikel	Strassen- verkehrs- gesetz
CVP Schweiz	Nein	Nein	Ja	Ja
FDP Schweiz	Nein	Nein	Ja	Ja
SP Schweiz	Ja	Ja	Ja	Nein
SVP Schweiz	Nein	Nein	SF	Ja
Liberale Partei	Nein	Nein	Nein	Ja
Grüne Partei (GPS)	Ja	Ja	Ja	Nein
Landesring	Ja	Ja	Ja	Nein
Evangelische Volkspartei	Nein	Ja	Ja	Nein
Grünes Bündnis (GBS)	Ja	Ja	Ja	Nein
Schweizer Demokraten (NA)	Ja	Ja	Ja	Nein
Autopartei	Nein	Nein	Nein	Ja
EDU	Nein	Nein	Ja	Ja
Europapartei	Nein	Ja	Ja	Nein
Fortschrittspartei	Nein	Nein	Nein	Ja
Freie Liste	Ja	Ja	Ja	Nein
PdA	Nein	Nein		
Bauernverband	Nein	Nein	Ja	Ja
Aktion Freiheit + Verantw.	Nein	Nein	Ja	Ja
Redressement national	Nein	Nein	Nein	Ja
Gewerbeverband	Nein	Nein	Nein	Ja
Kant. Energiedirektoren	Nein	Nein	Ja	
Landesverb. freier Arbeit- nehmer	Nein	Nein	Ja	
Gewerkschaftsbund	Ja	Ja	Ja	
CNG	Ja	Ja	Ja	
Angestelltenverbände VSA			Ja	
Naturschutzbund	Ja	Ja	Ja	
Greenpeace	Ja	Ja	Ja	
WWF	Ja	Ja	Ja	
Evang. Frauenbund	Ja	Ja	Ja	
Vereinigung Solarenergie	Ja	Ja	Ja	
Ärzte f. soz. Verantwortung	Ja	Ja	Ja	
Forum Medizin + Energie	Nein	Nein		
Energiestiftung (SES)	Ja	Ja	Ja	
Sonnenenergie-Fachverband			Ja	
Schweiz. Ingenieure + Archi- tekten (SIA)			Ja	
Aktion f. vernünft. Energie- politik (AVES)	Nein	Nein	Ja	
Wasserwirtschaftsverband	Nein	Nein	Ja	
Oek. AG Kirche + Umwelt	Ja	Ja	Ja	
Forum Wissensch. und Energie	Nein	Nein		
Studiengr. Energieperspektiv	Nein	Nein		
Hauseigentümerverband			Nein	
Arbeitgeber Zentralverband			Nein	Ja
Gasindustrie (VSG)			Ja	
Konsumentinnenforum			Ja	
Wirteverband			Nein	

	Ausstiegs- initiative	Moratoriums- initiative	Energie- Artikel	Strassen- verkehrs- gesetz
--	--------------------------	----------------------------	---------------------	----------------------------------

Strassenverkehrsverband			Nein	Ja
ACS			Nein	Ja
TCS				Ja
VCS				Nein
Fremdenverkehrsverband				Ja
Spediteur-Verband				Ja
Nutzfahrzeugverband ASTAG				Ja
Heimatschutz				Nein

Parolen von kantonalen Parteien, welche von den Parolen der Mutterpartei abweichen:

Christlich-Soz. GR	Ja	Ja	Nein	
Landesring AG	Nein	Nein	Nein	
EVP AG	Nein	Nein		
FDP AG			Nein	
FDP AR			SF	
FDP BL			Nein	
FDP BE			SF	
FDP JU			Nein	
FDP LU			SF	
FDP OW			Nein	
FDP SZ			Nein	
FDP TG			Nein	
FDP VD			Nein	
FDP VS	Ja			
FDP ZG			Nein	
CVP AR		Ja		
CVP BL		SF		
CVP BS		SF		SF
CVP JU		Ja		
SVP AG			Ja	
SVP Appenzell				SF
SVP BL			Ja	
SVP BE			Ja	
SVP FR			Ja	
SVP GE			Nein	
SVP GL			Nein	
SVP GR			Ja	
SVP SH			Ja	
SVP SZ			Nein	
SVP TI		Ja	Ja	
SVP VD			Nein	
SVP ZH			Nein	

SF = Stimm-Freigabe